

Vorschläge für die Wiedervereinigung Empfehlungen des Forschungsbeirats an die Bundesregierung

Bonn (Eigenmeldung). Die SED-Presse bemüht sich seit langem, die Arbeit des „Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ zu diffamieren. So wurde in den letzten Tagen behauptet, der Forschungsbeirat habe in Berlin den Aufstand des 17. Juni vorbereitet. Welche ernste und verantwortungsvolle Arbeit der Forschungsbeirat tatsächlich leistet und mit welchen Problemen er sich auf seiner letzten Sitzung in Berlin beschäftigte, geht aus den Vorschlägen hervor, die er jetzt in Bonn der Bundesregierung überreichte:

Der Forschungsbeirat ist der Ansicht, daß nach der Wiedervereinigung die Nachfrage nach Arbeitskräften erheblich wachsen werde. Es soll deshalb dafür gesorgt werden, daß die in der Sowjetzone nach der Wiedervereinigung fortbestehenden Arbeitsmöglichkeiten sofort weiter genutzt werden können. Ferner soll die rasche Überleitung frei werdender Arbeitskräfte in den Wohnungsbau, in das Verkehrswesen und in die Konsumgüterindustrie gefördert werden.

Die außerordentliche Belastung des Konsums in der Sowjetzone soll nach der Wiedervereinigung unverzüglich aufgehoben werden. Der Konsum darf nicht höher als mit den in Westdeutschland üblichen Sätzen belastet werden. Für den

dadurch zu erwartenden Einnahmefall im Staatshaushalt darf ein Ausgleich nur auf gesamtdeutscher Basis geschaffen werden, wobei auf die geschwächte Leistungskraft der mitteldeutschen Wirtschaft besondere Rücksicht genommen werden soll. Im Zusammenhang damit steht die Notwendigkeit, nach der Wiedervereinigung unverzüglich eine bedeutende Verbesserung des Marktes mit Konsumgütern durchzuführen.

Für die Landwirtschaft empfiehlt der Forschungsbeirat die sofortige Aufhebung des Anbauplans und des Viehhalteplans sowie des Ablieferungssolls von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen, Handel und Genossenschaften sollen so schnell wie möglich funktionsfähig gemacht werden.

den, die zu einer befriedigenden Lösung der Deutschlandfrage“ und dem Abschluß des seit langem fälligen Staatsvertrages für Österreich führen müßten.

Die Außenminister erklären, die „ernsten Vorgänge“ in Berlin und der Zone hätten den Freiheitswillen der Bevölkerung bewiesen.

In gleichlautenden Noten wurde die Sowjetunion zu der Konferenz eingeladen. Als Diskussionspunkte wurden vorgeschlagen:

1. Die Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen und die Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte für das gesamte deutsche Volk.

2. Die Bedingungen für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die in ihren außenpolitischen Entscheidungen unabhängig sein soll.

3. Ein endgültiges Übereinkommen über den Staatsvertrag mit Österreich.

Bestimmte Garantien, daß die Besprechungen auch zum Erfolg führen, wurden nicht gefordert. Ort und Zeit der Viererbesprechungen wurden bisher nicht genau festgelegt.

In London betonte ein Sprecher des britischen Außenministeriums, daß die Westmächte unbedingt auf ihrer alten Forderung beharren: erst Einigung über freie Wahlen und gesamtdeutsche Frage, dann Verhandlungen über Friedensvertrag.

Vierertreffen über Deutschland

Außenministerkonferenz im Herbst — Zuerst Wahlen

Washington (AP). Die Außenminister der drei Westmächte haben sich am letzten Tag ihrer Konferenz darauf geeinigt, der Sowjetunion nach den Bundestagswahlen vom 6. September eine Konferenz der Außenminister Amerikas, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion über die Wiedervereinigung Deutschlands vorzuschlagen. In Bonner Regierungskreisen wurde dieser Beschluß be-

grüßt. Eine solche Konferenz, so wurde erklärt, würde durchaus auf der bisherigen Linie der Regierungspolitik liegen. Die Einigung der Westmächte ist nicht zuletzt auf einen entsprechenden Vorschlag Dr. Adenauers zurückzuführen, den er durch seinen Beauftragten Blankenhorn übermitteln ließ.

Auf dieser Konferenz „im frühen Herbst“ sollen „direkt die ersten Schritte beraten wer-

Tag der Heimat

Berlin (DPA). Bundesminister Kaiser will am ersten Sonntag im August zum „Tag der deutschen Heimat“ in der Waldbühne sprechen.

Warten oder Handeln?

WG. Wie mag es heute eigentlich im Kopfe eines sowjetischen Staatsbürgers aussehen, eines Staatsbürgers — nennen wir ihn einmal Wladimir Saslawski —, dem es in langen Jahren der totalitären Lenkung schwer geworden ist, kritisch zu denken? Da gibt es also einen ausländischen Geheimdienst, der imperialistisch, monopolkapitalistisch und ein Todfeind der Sowjetunion ist und gegen sie Unerhörtes unternimmt. Er schmuggelt zum Beispiel heimlich ein paar Ideen und (da er amerikanisch ist) auch ein paar Dollars in das so sicher verschlossene Paradies der Werktätigen —, und schon finden sich die berühmtesten Ärzte des Landes bereit, den Mächtigen des Kreml nach dem Leben zu trachten. Sie werden verhaftet, geächtet und sicherem Gericht überantwortet. Das geschah noch unter dem weisen Stalin und seinem treuen Diener Berija. Wenige Wochen später dagegen fegt Malenkow mit neuen Besen den ganzen Unrat weg: Die Ärzte werden wieder freigelassen, sie werden rehabilitiert, und diejenigen werden eingesperrt, die sie verleumdet hatten; Genosse Saslawski ist fassungslos verwirrt.

Als treuer Sowjetbürger weiß er auch, daß es weit hinten im Westen eine sowjetische Kolonie gibt, die sich Deutsche Demokratische Republik nennt. Plötzlich liest er, daß diese ganze Kolonie sich in hellem Aufruhr befindet, daß auch dieser Aufruhr das schamlose Werk ausländischer Geheimdienste ist.

Das Agenten-Märchen

Genosse Saslawski ist mit dieser Sache innerlich noch nicht ganz fertig, da stürzt ihn der ausländische Geheimdienst in neue Qualen: Berija, eine der stärksten Säulen des sozialistischen Staates der Werktätigen, Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Minister des Innern und der Staatssicherheit, wird über Nacht verhaftet, weil er sich als Agent des ausländischen Imperialismus betätigt

hatte. Genosse Saslawski denkt einige Monate zurück an die Tagung des Obersten Sowjets, der nach dem Tode Stalins Mitte März die Neubildung der sowjetischen Regierung vornahm. Damals war es Berija, der — wir zitieren das „Neue Deutschland“ — den Genossen Malenkow „als begabten Schüler Lenins und treuen Mitstreiter Stalins“ zum Vorsitzenden des Ministerrates vorschlug. Dann war es Malenkow, der als seinen Ersten Stellvertreter und Minister des Innern Berija vorschlug. Genosse Saslawski kann es nicht fassen: Einer der beiden Mächtigsten, die sich damals gegenseitig feierten und zu den höchsten Ämtern vorschlugen, war ein Agent des ausländischen Imperialismus und Kapitalismus. Der Minister der inneren Verwaltung und ausgerechnet der staatlichen Sicherheit!

Man muß sich die Gefühle des Genossen Saslawski wirklich einmal vorstellen, um zu ermessen, was alles heute in einer totalitären Diktatur dem Staatsbürger zum Vorteil der Macht widerspruchslos zu glauben zugemutet wird. Das ist eine geistige Entwürdigung des Menschen, die nicht weniger erschütternd ist, als seine Erniedrigung durch äußeren Zwang. Ein solcher Staat, der durch lückellose Unterdrückung der freien Meinung seine Bürger im Zustande totaler „Desinformation“ hält, ist eine ständige Gefahr für die ganze friedliche Welt. Er züchtet aber auch eine innere Gefahr für seinen eigenen Bestand. Man kann nämlich einem Volk nicht jahrzehntelang die dümmsten Märchen erzählen, die schließlich jedermann mit einem breiten Grinsen zurückweist. Die Kapazität der Völker zur widerspruchslosen Entgegennahme solcher Zumutungen ist wahrscheinlich verschieden. Aber auch die Fähigkeit des russischen Volkes zum Ertragen der totalitären Beleidigung seines Intellekts und seiner Moral wird einmal erschöpft sein.

Nur kann man auf solche Geisteswissenheit, für deren Erfüllung es keine Termine gibt, keine internationale Politik aufbauen. Diese hat es mit den Tatsachen von heute und nicht mit den Erwartungen für morgen zu tun. Sie soll vor allem nicht auf die Schwäche eines Gegners spekulieren.

Dennoch ist zu befürchten, daß sich an den verschiedenen Deutungen der sowjetischen Entwicklung die westlichen Meinungsverschiedenheiten über die heute zu führende Politik weiter vertiefen. Diejenigen, die zum Abwarten neigen, werden sich in dieser Tendenz bestärkt sehen. Die zum diplomatischen Handeln Drängenden dagegen werden angesichts der sichtbar gewordenen politischen Schwäche Moskaus nun erst recht das Handeln empfehlen. Die Anhänger einer mehr passiven „Eindämmung“ des Kommunismus werden sich gerechtfertigt sehen, und die Befürworter seiner aktiven „Zurückdrängung“ nehmen aus den Moskauer Ereignissen neuen Wind in ihre Segel. Hier steht These gegen These; aber keine von ihnen ist schlüssig zu beweisen. Das zeigt bereits, daß die neuen sowjetischen Ereignisse und ihre möglichen Rückwirkungen der sorgfältigsten Prüfung bedürfen.

Die deutsche Wiedervereinigung

Es wird deshalb gut sein, wenn die verantwortlichen Staatsmänner des Westens sich daran erinnern, daß die Politik keine Einbahn-Fahrt ist. Das wäre nämlich eine sehr primitive Handhabung der hohen Kunst, im Rahmen des jeweils Erreichbaren beste Lösungen zu gestalten. Die größere Kunst der Politik bewährt sich an der Vielseitigkeit möglicher Wege und Methoden und an der Beweglichkeit ihrer Konzeptionen. Man kann — je nach der Entwicklung — hier eindämmen und dort zurückdrängen, hier warten und dort offensiv vorstoßen. Man darf jedoch nicht dort warten, wo das Abwarten falsch wäre, weil gerade an dieser Stelle Auflockerungen eingetreten sind, die ein offensives und bewegliches Operieren der Diplomatie einfach zur Pflicht machen. Das ist zum Beispiel der Fall in der vitalen Frage der deutschen Wiedervereinigung, die keinen Verzug des Handelns verträgt — ganz gleich, ob es geradenwegs zum Ziel führt oder nicht. Das äußerlich Billige, nämlich das Warten, ist nicht immer das Gute, — am wenigsten in der Politik.

530 000 neue Wohnungen im Westen

Bonn (Eigenmeldung). Im Jahre 1953 können annähernd 530 000 Wohnungen gebaut werden, stellt das Bundeswohnungsbauministerium fest. Die vorjährige Zahl von 440 000 fertiggestellten Wohnungen wird damit erheblich überschritten.

Es werden insgesamt 6,2 Milliarden DM benötigt. Davon stammten 2,35 Milliarden DM aus öffentlichen Mitteln. Trotz der Senkung der Baukosten gegenüber 1952 sind Herstellungskosten von 14 000 DM für die Wohnungseinheit zugrunde gelegt.

Umfassende Hilfe

Stuttgart (AP). Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland hat seinen Jahresbericht für 1952 veröffentlicht. Danach gingen rund 2,5 Millionen Kilogramm an Sachspenden aus dem Ausland für das Hilfswerk ein. Den Hauptanteil daran hatten wiederum die USA mit rund 70 Prozent der Spenden vor Schweden und der Schweiz.

Zu den Aufgaben des Hilfswerks im vergangenen Jahre gehörte die Rückführung von 1000 volksdeutschen Familien aus dem Osten, dem Balkan und China sowie die Betreuung von Sowjetzonen-Flüchtlingen.

Ein Ehrenhain

Berlin (Eigenmeldung). Unmittelbar vor dem sowjetischen Panzerdenkmal auf der Potsdamer Chaussee in Zehlendorf ist eine Gedenkstätte für die Opfer des 17. Juni errichtet worden.

Sowjetzonenflüchtlinge und das Zehlendorfer Gartenamt haben gemeinsam einen Ehrenhain angelegt, in dem ein neues acht Meter hohes Holzkreuz steht. Zwischen der Gedenkstätte und dem sowjetischen Panzer wird im Herbst eine Baumgruppe gepflanzt, die den Anblick des nach Westen gerichteten Geschützrohres des Sowjetpanzers verdecken soll.

Die Senatspost hat den Entwurf für die Gedenkmarke zum 17. Juni fertiggestellt. Als Motiv wurden zwei gegen den Himmel gereckte Arme gewählt, die eine Kette zersprengen. Die Bundesdruckerei wird diese Sondermarke beschleunigt herstellen.

Es geht nur ohne sie!

DT. „Deutsche an einen Tisch!“ — dieser neue alte Ruf, der aus dem um Hilde Benjamin verschönten Ministerrat der sowjetischen Republik erklang, ist nach dem 17. Juni nicht reizvoller geworden, als er vorher war. An dem „deutschen Tisch“ haben als Vertreter der Zone diejenigen Platz genommen, die im Juni-Aufstand die kommunistischen Machthaber so tief demütigten, daß sie sowjetische Panzer herbeirufen mußten. Diese „Regierung“ hat dadurch erneut gezeigt, wem sie dient und wem sie ihr Dasein verdankt. Sie ist in gar keiner Weise befugt, für die Bevölkerung der Zone zu sprechen.

Es ist — von allem anderen abgesehen — auch nicht gut, doppelt mit den Sowjets zu verhandeln: einmal mit den echten von Moskau und gleichzeitig

mit ihren Werkzeugen von Pan-kow. Verhandelt wird über die Wiedervereinigung Deutschlands, wenn Moskau sich der westlichen Initiative nicht verschließt, mit der sowjetischen Regierung selbst. Wir wünschen sehr, daß das Gespräch mit ihr ein gutes Ergebnis haben wird. Nur durch solche Verhandlungen der vier Mächte ist die deutsche Wiedervereinigung möglich und nicht, wie es in der Mitteilung der sowjetischen Regierung heißt, „nur auf der Grundlage der Verständigung zwischen den Deutschen in Ost- und Westdeutschland“. Diese Deutschen nämlich haben sich längst verständigt, sie sitzen täglich an einem Tisch, und niemand von ihnen wünscht, daß Ulbricht, Grotewohl und Hilde Benjamin neben ihnen Platz nehmen. Es geht nur ohne sie!

Ein Schritt vorwärts

DT. Die Besprechungen der Außenminister in Washington brachten einen Rundblick auf alle internationalen Probleme, die den Westen bedrängen, ohne bisher die Klarheit einer gemeinsamen und übereinstimmenden Behandlung erfahren zu haben. Diese Probleme reichen vom Heißen Krieg in Korea und Indochina bis zum Kalten Krieg in Europa, in dessen Zentrum Deutschland und Berlin liegen. Es ist sicher, daß die Erörterung der Deutschlandfrage einen wichtigen Rang in den Beratungen der Außenminister einnahm. Dafür haben nicht zuletzt die geschichtlichen Ereignisse des Juni gesorgt, die von Osterlin und der Zone her die Aufgabe der Wiedervereinigung Deutschlands und einer Lösung der deutschen Frage überhaupt mit neuer Dringlichkeit in den Vordergrund der internationalen Politik gerückt haben. Diplomatische Aktionen der Bundesregierung haben weiter dazu beigetragen, daß die deutschen Notwendigkeiten und Sorgen mit dem gebotenen Gewicht zur Erörterung gelangten. Von der gefährlichen Ungelöstheit der deutschen Probleme rührt auch der starke Drang nach einer Vierer-Konferenz her, zu der sich nach den aus Washington vorliegenden Nachrichten die

Außenminister übereinstimmend für den Herbst bereit erklärt haben.

Die Zeit ist allerdings heute sehr schnell, und wer im Juli seine Bereitschaft zu einer internationalen Konferenz für den Oktober bekundet, der weiß wirklich nicht, in welcher Situation sie dann stattfinden wird. Er weiß nicht einmal, mit welchem sowjetischen Partner und mit welcher sowjetischen Politik er dort zu rechnen hat. Die Frage, ob die in Washington erzielte Übereinstimmung auch die auf einer Konferenz einzuschlagende Politik einschließt, ist deshalb wohl zu früh gestellt. Wir berühren sie nur, um zu zeigen, wie notwendig es ist, daß die Westmächte und mit ihnen die Bundesrepublik sich schon heute zu einer wirklich einheitlichen und geschlossenen Politik zusammenfinden. Diese kann nur darin bestehen, daß sowohl die Entfaltung gemeinsamer Verteidigungsstärke endlich entschlossen fortgesetzt als auch von einer beweglich operierenden Diplomatie jede vernünftige Chance zur Lösung der Deutschlandfrage genutzt wird. Man wird also, wenn das Treffen von Washington einen Schritt vorwärts führte, nicht versäumen dürfen, weitest in Bewegung zu bleiben.

Die Initiative liegt beim Westen

Stimmen zu den Ergebnissen von Washington

Bonn (Eigenmeldung). In Bonner Regierungskreisen erklärt man, es liege jetzt bei der Sowjetregierung, eine Viererkonferenz zu ermöglichen. Als besonders wichtig empfand man an den Ergebnissen der Konferenz von Washington den Hinweis in dem Abschluß-Kommuniqué auf die Ereignisse in Ostberlin und in der Sowjetzone und die daraus gezogene Folgerung, daß es notwendig sei, die deutsche Einheit so bald wie möglich wiederherzustellen.

Man kann die Auffassung der Regierungskreise in folgenden fünf Punkten zusammenfassen:

1. Der Westen hat in der Frage der deutschen Wiedervereinigung und damit auch für das Ost-West-Problem überhaupt die Initiative ergriffen.

2. Daß die Westmächte hinsichtlich der Behandlung der deutschen Wiedervereinigung und des Ausbaues der europäischen Gemeinschaft in diesem Zeitpunkt der Entwicklung ihre Einigkeit bekundet haben, ist ein wertvolles Faktum.

3. Vom deutschen Standpunkt aus ist es begrüßenswert, daß die Außenminister das Problem der deutschen Einheit unmittelbar aufgegriffen haben.

4. Gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Betonung des Festhaltens der Westmächte an der Politik der europäischen Einigung mit einer deutschen Partnerschaft von besonderer Wichtigkeit. Diese Betonung bedeutet nämlich, daß Europa nicht als ein Handelsobjekt mit politischem Wert betrachtet wird.

5. Es ist vor aller Welt klar-gestellt worden, daß die Westmächte nicht gewillt sind, deutsche Interessen zu opfern.

Repräsentation der Sowjetzone!

Baden-Baden (AP). Auf der Bundesvorstandssitzung der CDU in Baden-Baden gab Bundeskanzler Dr. Adenauer bekannt, daß er während der Außenministerkonferenz wiederholt konsultiert worden sei.

Der Bundesvorstand veröffentlichte ein Kommuniqué, in dem es heißt, der Vorstand habe sich einmütig für eine politische Repräsentation der Sowjetzone im Bundestag ausgesprochen.

Diese soll derart zustande kommen, daß dem kommenden Bundestag eine Anzahl Männer und Frauen als Sprecher für die

Sowjetzone beigegeben wird, ähnlich wie es für Berlin der Fall ist. Dem neuen Bundestag soll alsbald nach seinem Zusammentreten ein entsprechender Beschluß empfohlen werden.

Kein Alternativplan

Washington (DPA). Der Sicherheitsbeauftragte der Bundesregierung, Blank, der am

Lage im Osten „explosiv“

Washington (AP). Der amerikanische Außenminister Dulles hat erklärt, die Sowjets gäben offen zu, daß ihr Regime in der Sowjetzone abgewirtschaftet habe. Seit den Unruhen vom Juni sei die Lage „explosiv“.

Dulles, der einen ausführlichen Bericht über die Washingtoner Außenministerkonferenz gab, sagte weiter, Dr. Adenauer glaube, daß jetzt endlich die Stunde der Wiedervereinigung gekommen sein könnte. Im Einvernehmen mit ihm hätten daher die Westmächte den neuen Vor-

schlag zu einer Viererkonferenz gemacht.

Dienstag seine Besprechungen im US-Außenministerium beendete, erklärte in einem Interview, die Gespräche hätten gezeigt, daß es keinen Alternativplan zur EVG gebe.

Im Verlauf der Pressekonferenz erläuterte General Heusinger, der Theodor Blank nach Amerika begleitet hat, die Pläne für die Aufstellung von zwölf deutschen Divisionen, davon vier Panzerdivisionen.

Die Gesamtstärke der geplanten deutschen Streitkräfte bezifferte Heusinger auf 350 000 Mann, einschließlich der Stabs- und sonstigen Einheiten. Es werde eine taktische Luftwaffe mit 80 000 Mann und etwa 1500 Maschinen, hauptsächlich Jäger, und eine 20 000 Mann starke Marine zur Verteidigung der Ostseeküste geschaffen.

schlag zu einer Viererkonferenz gemacht.

Hilfe für Unterdrückte

Stockholm (AP). Der Kongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Stockholm hat ein Hilfeprogramm für die Bewohner der sowjetischen Zone Deutschlands angenommen. Für die Unterstützung des Freiheitskampfes der Ostberliner und mitteldeutschen Arbeiter soll ein besonderer Fonds gebildet werden.

Bauernunruhen in Ungarn

Wien (AP). Nach zuverlässigen Berichten haben sich in der vergangenen Woche heftige Zusammenstöße zwischen Bauern und kommunistischen Funktionären auf den Kollektivfarmen ereignet. In einigen Fällen hätten die Funktionäre angesichts der drohenden Haltung der Bauern die Flucht ergriffen.

Die Zusammenstöße sind, wie es heißt, durch die Ankündigung der ungarischen Regierung ausgelöst worden, nach der es den Bauern gestattet sein soll, aus den Kollektivfarmen auszutreten und wieder ihre eigene Landwirtschaft zu betreiben. Zahlreiche Bauern sollen ihren sofortigen Austritt erklärt und ihr Eigentum zurückverlangt haben, jedoch von

den Funktionären daran gehindert worden sein.

Belgrad (DPA). Auch die kleinste der osteuropäischen Volksdemokratien, Albanien, verzeichnet einen „neuen Kurs“. Die Hinrichtung von „Feinden des kommunistischen Systems“ wird neuerdings nach Berichten albanischer Flüchtlinge in vielen Fällen öffentlich vollstreckt.

Sollrückstände gestrichen

Wien (AP). Der rumänische Ministerrat hat sämtliche noch rückständigen Ablieferungsverpflichtungen von Kollektivwirtschaften, Dorfgemeinschaften und Landwirten gestrichen.

Recht ist, was dem Staate nützt

Der neue Justizminister der Sowjetzone — Warum mußte Fechner abtreten?

Im sowjetzonalen Ministerrat wird es künftig zwei Mitglieder geben, die den traurigen Ruhm haben, der Schrecken aller Menschen in der Sowjetzone zu sein: neben Walter Ulbricht, den bestgehaßten Mann der Zone, trat der neue Justizminister Hilde Benjamin als am meisten gehaßte Frau. Jetzt sitzt die „rote Hilde“ endlich auf dem Platz, den sie in all den Jahren erstrebte, als sie den Justizminister Max Fechner mit beleidigend überlegenem Lächeln abtat.

„Republikfeindliche Tätigkeit“ wirft man diesem nicht gerade intelligenten, aber immer linientreuen Ex-Minister jetzt vor. Was hat er verbrochen? Wahrscheinlich verstand er den „neuen Kurs“ falsch, glaubte, nun tatsächlich etwas bessern zu müssen. Vor kurzem erst garantierte er nochmals das bereits in der Verfassung festgelegte Streikrecht. Die Verwirklichung dieses Versprechens wäre in der Tat ein „neuer Kurs“ gewesen — und also eine feindliche Aktion gegen einen Staat, der zwar vom neuen Kurs spricht, aber den alten Kurs meint.

Außerdem: Fechner gehörte früher der SPD an. Auch daraus kann ihm Hilde Benjamin jetzt einen Strick drehen. Mag auch sein, daß der Maurer-Sohn und Werkzeugmacher Max Fechner am 17. Juni immerhin einen Funken von dem spürte, was die Arbeiter meinten.

Das kleinere Übel

Um Max Fechner braucht man trotzdem nicht zu trauern. Wer sich mit dem Kommunismus einläßt, stirbt daran. Das haben schon viele Funktionäre vor ihm erfahren müssen. Davor schützt ihn heute auch nicht mehr der Titel „Held der Arbeit“, den er im Juli 1952 zu seinem 60. Geburtstag „für seine hervorragenden Verdienste im Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens“ vom Ministerrat erhielt.

Fechner muß sich nun verurteilen lassen, weil er das „kleinere Übel“ für die Zonenbevölkerung war und Ulbricht für seinen neuen alten Kurs das grö-

ßere Übel braucht, das Schreckenspenst einer ganzen Zone, die Personifizierung seiner unmenschlichen Politik der letzten Jahre: Dr. Hilde Benjamin.

„Klassenkämpferische“ Rechtsprechung

Diese Frau wird künftig das Unrecht in der Zone bestimmen. Ihre Grundsätze: „Ich treibe klassenkämpferische Rechtsprechung!“ — „Eine Tat ist nur nach ihrer Gesellschaftsgefährlichkeit zu beurteilen.“ — „Die Praxis der Rechtswissenschaft — das ist die Verwaltung, die Gesetzgebung und die Theorien der Wissenschaft — sind dann richtig, wenn sich erweist, daß sie den Zielen und Zwecken unseres Staates dienen.“ — „Das russische Volk ist in seinen Auffassungen über die Entwicklung des Rechtes dem deutschen Volk um Jahrzehnte voraus.“

Das sagt eine Frau, die abendländisches Recht studiert hat, die weiß, welches Unrecht sie vertritt. Wenn Fechner als juristischer Laie das Unrecht mitmachte, dann hat Hilde Benjamin es als Volljuristin seit 1945 bewußt geschaffen. Sie war die treibende Kraft bei der Begründung des Volksrichter-Regimes — Ulbricht bestätigte es ihr ausdrücklich zu ihrem 50. Geburtstag. Sie hat Gesetze wie das „Gesetz zum Schutze des Volkseigentums“ geschaffen, von dem man sich nach dem 17. Juni zu distanzieren versuchte. Sie führte den Vorsitz in den großen Schauprozessen, die ihren traurigen Ruf weit über die Grenzen der Zone verbreiteten. Um nur die wichtigsten zu nennen: Conti-Prozess mit neun Angeklagten: 90 Jahre Zuchthaus; Solvay-Prozess mit sechs Angeklagten: 60 Jahre Zuchthaus; Prozeß gegen sieben Mitglieder der Sekte Zeugen Jehovas: zweimal lebenslänglich, 60 Jahre Zuchthaus; Buriemek-Prozess mit sieben Angeklagten: ein Todesurteil, zweimal lebenslänglich, 49 Jahre Zuchthaus; Prozeß gegen sieben Mitglieder des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen: zweimal lebenslänglich, 41 Jahre Zuchthaus; ein Kampfgruppenprozeß

gegen vier Angeklagte: ein Todesurteil, einmal lebenslänglich, 25 Jahre Zuchthaus; Martin-Hoop-Prozeß mit sieben Angeklagten: 34 Jahre Zuchthaus, 13 Jahre Gefängnis. In sieben Prozessen also zwei Todesurteile, siebenmal lebenslängliches Haft und 359 Jahre Zuchthaus!

Kalte Intelligenz

Wer die „Oberste Richterin“ bei einem dieser Prozesse erlebt hat, erzählt nur schauernd davon. Ihre äußerliche Häßlichkeit, ihre schrille Stimme, die höhnischen Zwischenfragen und die kalte Intelligenz, mit der sie die Verhandlung leitet, einsetzen selbst linientreue Kommunisten. Denn wo Hilde Benjamin den Vorsitz führte, enthielt der SED-Staat sein Gesicht: der Mensch ist nichts, der Staat ist alles; und wenn das Staatsinteresse es erfordert, muß der unschuldige Mensch verurteilt werden. Das ist das sowjetische Recht — nach Hilde Benjamins Ansicht der deutschen Rechtsprechung „um Jahrzehnte voraus“ —, das diese Frau, seit Jahrzehnten fanatische Kommunistin, für die es keine Menschlichkeit gibt, mit allen Mitteln einführen will.

Mit ihrer Ernennung zum Justizminister hat Ulbricht nun noch einmal offiziell das Startzeichen für „sozialistisches Recht“ gegeben. Einen Menschen konnte er damit nicht mehr beauftragen. Er brauchte eine gefühllose Intelligenzmaschine. Das ist Hilde Benjamin. Die Bevölkerung gab ihr längst den zutreffenden Namen: „die rote Guillotine“...

Vom SSD verhaftet

Berlin (DFA). Der wegen „republikfeindlicher Tätigkeit“ überraschend abgesetzte Sowjetzonen-Justizminister Max Fechner (SED) ist, wie der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen mitteilt, in den frühen Morgenstunden des Mittwochs vom SSD in Schöneiche, Ernst-Thälmann-Straße 22, festgenommen worden. Wenige Stunden vorher waren der Sohn Fechners und dessen Frau verhaftet worden.

Deutschland-Lied gegen KP-Reden

Proteste gegen die KPD in Westdeutschland — Pfui-Rufe und Schlägereien

Düsseldorf (DPA). Mit dem Deutschlandlied antwortete eine große Menschenmenge vor den Bielefelder Rathaus auf dem Versuch des KPD-Landes-Vorsitzenden Ledwohn, eine Wahlrede zu halten. Der Redner wurde anfangs wiederholt durch Pfui-Rufe, Pfeifen, Gejöhle und langanhaltendes Autohupen unterbrochen. Zum Schluß stimmte die Menge das Deutschlandlied an, so daß Ledwohn nicht mehr zu verstehen war.

... in Braunschweig

Braunschweig (AP). Zu schweren Tumulten und Schlägereien kam es in der Braunschweiger Innenstadt, wo der KPD-Bundestagsabgeordnete Rische auf einer öffentlichen Kundgebung sprechen wollte.

Die Kundgebung wurde nach 15 Minuten von der Polizei aufgelöst, da etwa 2000 Personen den Redner überschrien, mit Pfui-Rufen das Rednerpult stürmten und die roten Transparente niederrissen. In Sekundenschnelle entwickelte sich eine Schlägerei, und die Polizei mußte die Versammlung auflösen. Anschließend kam es in den Straßen der Innenstadt erneut stundenlang zu erregten Auseinandersetzungen und Tätlichkeiten. Drei KPD-Funktionäre stellten sich unter Polizeischutz.

... und Ludwigshafen

Ludwigshafen (DPA). Die Stadt Ludwigshafen wird der KPD künftig weder Räume, Plätze noch Werbeflächen zur Verfügung stellen. Das städti-

sche Plakatinstitut ist angewiesen worden, keine Plakate der KPD oder „befreundeter“ Organisationen mehr anzunehmen. Die Maßnahme wurde damit begründet, daß die kommunistische Stadtrat-Fraktion in ihrem Mitteilungsblatt, diffamierend über den Aufstand der Arbeiter in Mitteldeutschland berichtet hat.

Ohne Immunität

Düsseldorf (DPA). Der nordrhein-westfälische Landtag hat die Immunität des KPD-Vorsitzenden und Abgeordneten Max Reimann aufgehoben. Rei-

mann werden in elf Fällen Staatsgefährdung und Beleidigung vorgeworfen.

KP-Betriebsrat abgesetzt

Hagen (AP). Die 5600köpfige Belegschaft der Hasper Hütte hat mit überwältigender Mehrheit ihren bisher fast nur aus Kommunisten bestehenden Betriebsrat abgesetzt. Der Betriebsrat hatte sich vor einigen Tagen gegen die vom DGB veranstaltete Sammlung zugunsten der Opfer des 17. Juni gewandt und sie als „Agenten und Provokateure“ bezeichnet.

Lebensmittel für die Zone

Beschluß der Bundesregierung — Päckchen und Bezugscheine

Berlin (DPA/AP/Eigenmeldung). Zur Versorgung der notleidenden Sowjetzonen-Bevölkerung sind von westlicher Seite neue Hilfsmaßnahmen vorbereitet worden. Dies geschieht trotz der Ablehnung des amerikanischen Lebensmittelangebots durch Pankow und Moskau.

Zwischen der Bundesregierung und dem Regierenden Bürgermeister Reuter haben Verhandlungen über eine wirksame Hilfsaktion stattgefunden. Es wurde ein Beschluß veröffentlicht, möglichst bald die Voraussetzungen für eine umfassende, karitative Hilfstätigkeit zu schaffen.

Vor allem ist an die Ausgabe hochwertiger Lebensmittel gedacht.

An die Bewohner Ostberlins und der Sowjetzone, soweit sie nach Berlin kommen und sich dort melden, soll einmal im Monat ein Bezugschein für Le-

bensmittel im Wert von etwa 5 DM ausgegeben werden. Auch die Ausgabe fertig gepackter Lebensmittel-Pakete ist vorgesehen. Außerdem wird das bisherige System der individuellen Hilfe, wie sie vornehmlich durch die karitativen Organisationen durchgeführt worden ist, mit allen Mitteln intensiviert

Mehrere Westberliner Bezirke haben begonnen, mehrere tausend Päckchen an Ostberliner zu verteilen. Der „offene Markt“ auf dem Oranienplatz in Kreuzberg, auf dem im Rahmen der Praktischen Nachbarschaftshilfe 30 000 Apfelsinen, 5000 Zitronen, 500 Zentner Kartoffeln und 12 000 Liter Milch an Ostbewohner im Verhältnis 1 : 1 ausgegeben wurden, ist beendet worden. Insgesamt haben 25 000 Käufer aus den Randbezirken und sogar aus der Zone hier Waren erhalten.

Eine Vopo-Kompanie

Berlin (DPA). In der ersten Hälfte des Monats Juli sind insgesamt 247 Volkspolizisten nach Westberlin geflüchtet. Unter ihnen befinden sich 15 Kommis-

150 Tote beim Juni-Aufstand?

Berlin (DPA). Nach einer geheimen Zusammenstellung des Sowjetzonen-Innenministeriums über die Opfer des Juni-Aufstandes sollen elf Deutsche von sowjetischen Exekutionskommandos als „Hauptschuldige“ standrechtlich erschossen worden sein.

Der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen gab aus

diesem internen Ministeriumsbericht einige Einzelheiten bekannt. Danach beläuft sich die Zahl der bis zum 22. Juni durch Sowjetzonen-Dienststellen im Zusammenhang mit der Volkerhebung festgestellten Toten auf etwa 150 für die gesamte Sowjetzone. Bei den Zusammenstoßen seien 1236 Menschen zum Teil schwerverletzt worden.



„R-R-Raus! Schwerpunktbetrieb für unsere Genossen Minister!“

Späte Erkenntnis

Wenn der besorgte Kunstkritiker in den vergangenen Jahren seine Stimme erhob gegen die Bevormundung, Einschüchterung und Bedrohung der künstlerischen Persönlichkeit durch engstirnige Funktionäre in der Sowjetzone, wurde er als böswillig abgelehnt. Nun darf sich Wolfgang Harich einmal in der sowjetdeutschen „Berliner Zeitung“ zu ähnlichen Erkenntnissen durchringen, denen in ihrer Deutlichkeit nichts weiter hinzuzufügen ist. Er stellt fest:

„Warum wird die staatliche Kunstkommission von der überwiegenden Mehrheit der Künstler, vornehmlich der Bildenden Künstler, einfach verabscheut? Warum werden ihre führenden Funktionäre gefürchtet oder lächerlich gefunden? ... Die Mehrheit der Künstler verbittet sich mit Recht, daß man problematische Schaffensmethoden, Eigenarten des individuellen Stils usw. als Merkzeichen einer

politisch feindlichen Gesinnung wertet. Auf der einen Seite geben die bürgerlichen Kunsthistoriker in der DDR ihre Publikationen heraus und halten ihre Vorträge, ohne sich auf eine Beteiligung an den Kunstdebatten der Marxisten überhaupt einzulassen. Auf der anderen Seite herrscht eine üble Meinungsdictatur einer kleinen Gruppe von Funktionären, die die bürgerlichen Fachgelehrten abstößt und in ihren Vorurteilen gegen den Marxismus bestärkt, während sie gleichzeitig die marxistischen Kunsthistoriker und Kritiker sowie die vielen Bildenden Künstler (die sich politisch längst zur Sache der Arbeiterklasse bekennen) zu geistiger Sterilität, elender Leisetreterei und tiefem Mißbehagen verurteilt.“

Interessant für uns ist nur, wann Wolfgang Harich wieder zurückgepfiffen und selber wieder zur „Leisetreterei“ gezwungen wird.

Nur flüstern . . .

Fünf Minuten

In Osterberlin werden drei Arbeiter verhaftet und in eine Zelle gesperrt.

„Warum hat man dich denn geschnappt?“ fragt der erste.

„Wegen Sabotage. Ich kam fünf Minuten zu spät zur Arbeit“, entgegnete der eine. „Und warum sitzt du hier?“

„Wegen Spionageverdacht. Ich war schon fünf Minuten vor Arbeitsbeginn im Betrieb.“

„Seht ihr“, mischt sich der dritte in das Gespräch, „und ich wurde verhaftet, weil ich immer pünktlich auf die Minute zur Arbeit kam. Da merkten sie, daß ich mir im Westen eine Uhr gekauft hatte...“

Gutgeschrieben

Die Arbeiter im volkseigenen Werk XYZ müssen eine Sonderschicht fahren, um, wie es heißt, die am 17. Juni versäumte Arbeit nachzuholen. Sie arbeiten wie die Besessenen. Dem Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung kommt das nicht geheuer vor. Außerdem möchte er sich gern anbiedern, und so sagt er nach Feierabend:

„Ihr habt heute mehr geschafft, als ihr am 17. Juni versäumt habt. Wir werden euch deshalb die Mehrleistung bezahlen.“

Aber die Arbeiter winken ab.

„Na, warum wollt ihr denn das nicht?“

wundert sich der BGL-Chef.

Da meldet sich einer: „Wir haben schon vorgearbeitet. Die Überleistung kann uns gutgeschrieben werden ... bis zum nächsten Mal...“

Eingewickelt

Im HO gibt es endlich einmal wieder Salzheringe. Aber die Kunden müssen sich ihr Einwickelpapier selbst mitbringen — die HO hat keins.

Das wundert einen der Käufer. „Nun haben wir doch den neuen Kurs“, sagt er, „gibt es denn da nicht endlich Papier?“

Der HO-Verkäufer zuckt die Schultern: „Papier wird schon genug hergestellt“, sagt er. „Aber das wird bedruckt, um uns damit einzuwickeln. Zum Einwickeln für die Heringe gibt es noch nichts.“

Erinnerungen

„Als ich noch in die Schule ging“, erinnert sich SSD-Chef Zaissner, „war es mein größter Wunsch, Pirat zu werden.“

„Wirklich?“ fragte ihn sein volksdemokratischer Gesprächspartner. „Dann haben Sie Glück gehabt. Es ist doch immer schön, wenn die Kindheitsträume eines Menschen in Erfüllung gehen!“

Beliebtes Ausflugsziel: Helgoland

Zelthotels bieten Unterkunft — Alles steuerfrei

Zweimal wöchentlich schlüpfen frühmorgens bis zu 200 Passagiere über den steilen Laufsteg an Bremerhavens Columbus-Kai auf das Deck der „Hansa VI“. Dann rauscht Deutschlands schnellster Seebäder-Dampfer mit voller Fahrt über die Unterweser in Richtung Helgoland.

Vier bis fünf Stunden ungefähr „dampft“ die „Hansa VI“ mit ihren Doppelschrauben seewärts. Dann kann man vom Bug aus die ersten Umriss der Insel Helgoland sehen. Das Sehenswürdigste aller Reisenden, die auch in diesem Jahr nur über die flachen Hügel der Helgoländer Düne wandern dürfen.

Wer den Sprung von Bremerhaven bis zur Reede vor Helgoland und von dort zur Düne durch den waghalsigen Satz in den Kutter erst einmal geschafft hat, glaubt im ersten Moment an das Märchen vom Schlaraffenland.

Noch bevor man den Sand so richtig in den Schuhen hat, stößt man auf das Hinweisschild: „Als Reiseproviant dürfen beim Verlassen der Düne mitgenommen werden: 25 Zigaretten, 10 Zigarren, ein Päckchen Taback, eine Flasche Spirituosen und eine Tafel Schokolade.“

Durchschnittlich stopfen sich an warmen Sommertagen 500 Besucher die Taschen mit zoll-

freien Waren voll. Für die Dauerkurgäste des Zelthotels allerdings sind diese Dinge alltäglich. Sie gehören zu den herrlichen Abendstunden in den Zwei- und Vier-Mann-Zelten, die passabel eingerichtet sind. Holzfußboden, Luftmatratzen, Wolldecken, Tisch und Stühle zählen zur Einrichtung ebenso wie bei den größeren Wohnraumzelten Auflegematratzen, Kleiderschrank, Nachtschränke, Gardinen und Sonnenmarkise.

Ein großer moderner Holzbau ist das gesellschaftliche Zentrum der Düne und Tagungsort aus-

gedehnter Kaffee-Parties. Wer seinen Wert darauf legt, seinen Urlaub am Strand im Frack zu verbringen, kann sich ruhig auf der Helgoländer Düne in preiswerte Vollpension begeben.

Denn idyllisch ist es — unsagbar. Als Zugeständnis gegenüber den Kurgästen wurden nämlich in den Sommermonaten die größten Aufräumungsarbeiten eingestellt. Ganz im Gegensatz zur Insel. Von dort ist das Rattern der Bagger und Traktoren zu hören. 600 Arbeiter wühlen dort, damit dann auch die Insel Helgoland ihren Bewohnern wieder eine Heimat bietet, den Urlaubern Erholung und den Seeleuten bei schwerem Wetter Schutz.

Heimstättenwerk für Wissenschaftler

Um den ostvertriebenen Wissenschaftlern und Künstlern zu helfen, ist in Marburg ein „Deutsches Heimstättenwerk für Wissenschaftler und Künstler e. V.“ gegründet worden. Zunächst soll in Marburg, dem Sitz der Gesellschaft, ein „Haus des Ostens“ entstehen.

zulassen, was bisher nur in niedrigen Höhenlagen bewerkstelligt werden konnte und die Piloten zum Heruntergehen zwang.

Durch diese Neuerung würden die Düsenflugzeuge einen wesentlich größeren Aktionsradius

Düsenflug-Experimente

Der britische Flugmotorenbau ist jetzt der Lösung eines düsenflugtechnischen Problems auf der Spur. Man arbeitet — wie die Gesellschaft britischer Flugzeugkonstruktoren mitteilte — an einer Vorrichtung, mit deren Hilfe es möglich ist, ein ausgeschaltetes Triebwerk auch in sehr großer Höhe wieder an-

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Ungeheure Welt-Reserven

Ausnutzung durch technische Beratung — Ein UN-Bericht

Die Verwaltung für technische Hilfe der Vereinten Nationen gab in diesen Tagen einen großen Bericht von 483 Druckseiten über die technische Hilfeleistung für die unentwickelten Länder der Erde heraus. Tatsache ist, daß dieses Programm, das im laufenden Jahre 38 Mill. Dollar erfordert, in vielen Ländern, wie Indien, Pakistan, der Türkei, Iran usw., durch technische, landwirtschaftliche und medizinische Beratung große Erfolge erzielt hat.

So wurde z. B. ein Kaffeespezialist aus Haiti nach Absessinien geschickt, ein isländischer Marineingenieur nach Ceylon,

ein Landwirtschaftsbeamter aus Rhodesien nach Libyen, ein finnischer Flughafenarchitekt nach Salvador.

In Indien ist es gelungen, ein Gebiet von fast 2½ Millionen Morgen Land durch die Beseitigung von Malaria-tümpeln für Anbau brauchbar zu machen.

In Haiti und Siam ist es durch die Anwendung von Penicillin gelungen, die tropische Krankheit der Himbeerpocken, die zu Verkrüppelungen führt, zurückzudrängen. In Iran hat die Beratung durch zwei Baumwollfachleute zu einer bedeutenden Ausweitung der Produktion geführt.

haben. So würden Düsenbomber in der Lage sein, vom Boden aus mit vier Triebätzen aufzusteigen und während des Fluges zwei Maschinen abzuschalten, wobei sie durch Herabsetzung des Brennstoffverbrauches beinahe die doppelte Reichweite erzielen. Über dem Ziel könnten sie je nach Lage beliebig wieder alle Maschinen einschalten.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.